

Army-Abzug abfedern oder Tunnel bauen?

Wirtschaftsminister Pfister verspricht Stadträtin Trabold Landeshilfe, wenn Heidelberg Prioritäten setzt

Von Götz Münstermann

Landeswirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) will Heidelberger Anträgen auf Finanzhilfe beim Abzug der US-Streitkräfte in gewissem Rahmen einen „Fördervorrang“ einräumen. Das antwortet er der FDP-Landtagskandidatin und Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, Annette Trabold, auf ihre Anfrage. Dann müsse sich die Stadt aber auf ihre Maßnahmen zur Umwandlung der Armee-Liegenschaften konzentrieren und rechtzeitig ein Gesamtkonzept vorlegen, heißt es in dem Schreiben.

Das Land hat sich nach Angaben von Pfister bislang an 72 Projekten beteiligt, bei denen ehemals militärische Liegenschaften wieder zivil genutzt werden. 194 Millionen Euro habe Stuttgart an Finanzhilfen aus der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Auch Heidelberg könnte bei dem anstehenden Abzugsprozess „wirksam unterstützt werden“, schreibt Pfister in dem Brief an Trabold. „Die Stadt Heidelberg steht durch den bevorstehenden Abzug der US-Streitkräfte vor großen städtebaulichen Herausforderungen“, erklärt Trabold, „unsere kommunale Finanzkraft allein wird kaum ausreichen, um die großen Kasernenflä-

chen einer sinnvollen und nachhaltigen zivilen Nutzung zuzuführen.“ Gleichzeitig sieht sie im Freiwerden der militärischen Flächen nicht nur eine große Herausforderung, sondern gerade wegen des äußerst angespannten Wohnungsmarktes eine große Chance für Heidelberg. 200 Hektar Land will die US-Armee bis Ende 2015 in Heidelberg räumen, darunter Wohnanlagen in der Südstadt, Kirchheim und Rohrbach sowie die Exklave Patrick-Henry-Village.

Deshalb hat sich die FDP-Politikerin beim Wirtschaftsministerium in Stuttgart nach entsprechenden Fördermöglichkeiten für die anstehenden Konversionsmaßnahmen erkundigt. „Es wäre außerdem interessant zu wissen, ob derartigen Projekten bei entsprechender Antragsstellung ein gewisser Vorrang bei der Vergabe von Mitteln eingeräumt werden kann, um die ökonomischen Konsequenzen des Abzugs der Streitkräfte aus der Rhein-Neckar-Region abzumildern“, so die FDP-Politikerin.

Seitens des Wirtschaftsministeriums räumt man Heidelberg durchaus Chancen auf Förderung bei der Umwandlung der Flächen ein. Es müsse ein Gesamtkonzept für eine neue Nutzung der US-Flächen geben, das rechtzeitig vorzuliegen

habe. Und der liberale Landesminister verspricht, dass das Wirtschaftsministerium Anträgen Heidelbergs einen Fördervorrang einräumen könnte. Das hänge aber einerseits von „der Gesamtschau aller Anträge“ ab. Andererseits müsse erwartet werden, „dass die Stadt ihre Priorität entsprechend auf die Konversionsmaßnahmen konzentriert“, empfiehlt Pfister der Stadt. In diesem Zusammenhang weist FDP-Stadträtin Trabold auf das 180 Millionen teure Neckarufertunnel-Projekt hin, für das die Stadt Heidelberg nach eigenen Angaben mit Mitteln der Städtebauförderung rechnet. Trabold fragt, „ob die Vergabe von Fördermitteln für die Entwicklung der Militärfächen Einfluss auf die Förderwürdigkeit anderer Projekte haben könnte“ und deutet Probleme mit dem Projekt „Stadt an den Fluss“ an, das für sie „politisch nicht unumstritten ist“.

Annette Trabold hofft auf weitere Unterstützung des Stuttgarter Wirtschaftsministeriums. Das sei gerade bei den Verhandlungen der Stadt mit der Besitzerin der Armee-Flächen, der bundeseigenen Immobilienagentur Bima, notwendig. Ziel sei ein möglichst niedriger Kaufpreis, um preiswertes Wohnen zu ermöglichen, so die Stadträtin.